

GKB Gewerkschaftsbund des Kantons Bern.

Resolution des Vorstandes GKB zur Abstimmung vom 9. Februar 2014 über die SVP-Initiative.

Die Bilateralen Verträge bewahren

Das Ergebnis der Abstimmung vom 9. Februar ist für den GKB ernüchternd und beunruhigend. Die mit der EU vereinbarte Personenfreizügigkeit und damit auch die weitgehende Niederlassungsfreiheit in Europa hat durch die Annahme der Initiative der SVP einen massiven Rückschlag erlitten. Das ist auch eine gewerkschaftliche Niederlage. Wir wollen keine Rückkehr zum Saisonierstatus und seinen beschämenden Begleiterscheinungen. Die Gewerkschaften werden die für den Lohnschutz wichtigen flankierenden Massnahmen mit allen Mitteln verteidigen. Wir werden nicht zulassen, dass diese Kontrollinstrumente abgeschafft oder verwässert werden. Wir sind davon überzeugt, dass Lohnschutz im europäischen Binnenmarkt möglich ist wenn a) die Arbeitgeber die Situation nicht missbrauchen und wenn b) Politik und Sozialpartner griffige flankierende Massnahmen festlegen und schwarze Schafe streng sanktionieren. Es ist wichtig, die Löhne zu schützen. Deshalb haben wir die Mindestlohn-Initiative lanciert, die am 18. Mai 2014 zur Abstimmung kommt. Mindestens so wichtig ist aber auch das gewerkschaftliche Engagement bei den mittleren Einkommensklassen zu verstärken. Die Abstimmung vom 9. Februar zeigt klar, dass in der Mittelklasse die Angst vor Lohndruck und Dumping stark zugenommen hat.

Die Bilateralen Verträge umfassen zur Zeit insbesondere folgende Dossiers:

- Personenfreizügigkeit
- Landverkehrsabkommen
- Luftverkehrsabkommen
- Technische Handelshemmnisse
- Forschungsabkommen
- Handel mit Landwirtschaftsprodukten
- Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen
- Schengen-Dublin

Jedes Abkommen ist für die Schweiz und ihre Volkswirtschaft wichtig. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die bilateralen Verträge integral gewahrt und bewahrt werden. Damit bleiben auch alle europapolitischen Optionen offen. Eine ungeklärte Situation schadet der Schweiz materiell und politisch. Für die EU ist die Personenfreizügigkeit ein grundlegender Pfeiler für die europäische Integration. Einen Rückschritt hin zur Kontingentierung der Zuwanderung wird sie mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht akzeptieren. Kontingente bedeuten vor allem eine Verschlechterung der Situation der ArbeitnehmerInnen. Weil ihre Arbeitserlaubnis an einen bestimmten Arbeitsplatz gebunden ist, können sie sich gegen schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen nicht wehren. Wir widersetzen uns auch dem Versuch, in der Folge der Abstimmung verschiedene Kategorien von AusländerInnen zu schaffen. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die den sozialen Zusammenhalt in Frage stellt. Der Kanton Bern als grösster Industriekanton der Schweiz ist in besonderem Masse auf geregelte Verhältnisse mit der EU angewiesen. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Viele Arbeitsplätze in der Exportindustrie hängen daran. Wir können nicht einfach hinnehmen, wie isolationistische Kreise den Vorhang herunterziehen, weil sie die Schweiz als Museum erhalten wollen. Die Ohrfeige vom 9. Februar trifft auch 52'000 Beschäftigte aus dem EU/Efta-Raum, die im Kanton Bern wohnen und einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohl der Schweiz leisten. Der GKB akzeptiert den knappen Entscheid der Stimmbevölkerung. Er ruft aber alle fortschrittlichen Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu auf, gemeinsam Lösungen zu suchen, um die durch das Abstimmungsergebnis entstandene Blockade so schnell wie möglich zu überwinden. Der GKB wird, vertreten durch seine Gremien alles daran setzen, dass die im Rahmen des Bilateralismus mit der EU ausgehandelten Verträge eingehalten werden. Die GL des GKB wird damit beauftragt, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um diesen Grundsatz durchzusetzen. Wir fordern den Bundesrat auf, der Stimmbevölkerung zwingend das Ergebnis der Verhandlungen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorzulegen und es einer Vorlage zu allen Bilateralen Verträgen gegenüber zu stellen. So können die Stimmberechtigten in voller Kenntnis der Folgen darüber entscheiden, ob sie den Alleingang in Europa riskieren oder doch an der Zusammenarbeit mit der EU festhalten wollen.

Informationen: Corrado Pardini, Co-Präsident GKB, Nationalrat, Johannes Wartenweiler, Sekretär GKB.

Einstimmig angenommen von der DV des GKB am 15. März 2014.

GKB, 15.3.2014.

GKB > EU. Bilaterale Verträge. Resolution. GKB. 2014-03-15